Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 5. | Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482 Geschäftsinserate pro 3gespalt. Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf. | Hannover, Sonnabend, 5. März 1904. | Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Steintorstraße 6. Verantwortlicher Redakteur: August Brey, Hannover, Schillerstraße 5. Druck von Dörnke & Löber, Hannover. | 13. Jahrg.

Bekanntmachung.

Statistikbogen einsenden!

Die Abrechnung für das vierte Quartal 1903 ist maßgebend für die Delegation zum Verbandstag! Es ist daher erforderlich, daß jeder Verbandsort, welcher bei der Wahlkreiseinteilung in gebührender Weise berücksichtigt sein will, abrechnet.

So schrieben wir in Nummer 2 des „Proletarier"! Leider hat eine ganze Anzahl von Verbandsorten bislang dieser Aufforderung nicht Folge gegeben, obwohl die statutarisch vorgeschriebene Frist für die Einsendung der Abrechnung verstrichen ist. Wir setzen hiermit endgültig die Einsendungsfrist auf den **12. März** fest. Orte, welche bis dahin nicht mit uns abgerechnet haben, können bei der Einteilung der Wahlkreise für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag **nicht berücksichtigt werden.**

Mit kolleg. Gruß

Aug. Brey.

Der Proletarier fordert!

„Der Proletarier"! Das ist der Name unseres Organs. Und diesen Namen trägt es mit Recht! Man könnte die Mitglieder unserer Organisation und der zugehörigen Berufsgenossen das Proletariat des Proletariats nennen! Nicht im Sinne des Lumpenproletariats, sondern vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet. Das gilt auch speziell für die Fabrik-Hülfsarbeiter in der Großindustrie. Leider geschieht für dieses Proletarierheer in sozialer Beziehung noch fast gar nichts.

Diese Arbeiter haben noch zu wenig gelernt, berechtigten Forderungen nach außen hin nachdrücklichst Ausdruck zu geben. Das liegt zum Teil an den Verhältnissen. Außer den Widerständen, die die Arbeiterschaft in dem Kampfe um größeren Anteil an der Kultur zu überwinden hat, stellen sich den Hülfsarbeitern noch besondere Hindernisse entgegen, die ihr Ohnmachtsgefühl erhöhen, das Selbstbewußtsein nicht entwickeln lassen und damit ihre Kampffähigkeit schwächen. Darin liegt auch ein gut Teil der unbefriedigenden Erfolge der Organisationsarbeit, und die Schwäche der Organisation hindert wieder im Kampfe gegen das Ohnmachtsgefühl und wegen dieser Schwäche bleiben die Bedürftigsten die Stiefkinder beim sozialen Vorwärtsschreiten der klassenbewußten, kämpfenden Arbeiterschaft.

Das müssen zunächst die Beteiligten erkennen! Im Erkennen liegt der Keim zum kraftvollen Kampf gegen die stiefmütterliche Behandlung. Und die Hülfsarbeiter müssen durch energische Betätigung, durch kräftiges Fordern diejenigen, welche ohne Absicht, durch Passivität, ihre stiefmütterliche Behandlung zum Teil mit verschulden, veranlassen, die Interessen der Hülfsarbeiter nicht hinter ihre eigenen zurückzustellen.

Es sei hier gleich gesagt, viele, sehr viele „gelernte Arbeiter", Fabrikhandwerker, sehen im Hülfsarbeiter weniger den am meisten Hülfsbedürftigen, weniger den im Streben nach größerem Anteil an den Kulturgütern Gleichberechtigten, als mehr den untergeordneten, minderwertigen Arbeiter; bestenfalls steht man seinen Wünschen und Begehren teilnahmslos gegenüber. Es ist gar nicht mal so selten, daß sich viele Fabrikhandwerker gegenüber Hülfsarbeitern mehr Ueberhebung, größere Mißachtung und Schlimmeres zuschulden kommen lassen, als das seitens Meister und anderer Vorgesetzten geschieht. Mögen es in der Hauptsache Unorganisierte sein, die so gegen den Arbeitsbruder auftreten, ein Teil der Schuld fällt mit auf die Organisierten, die solchem Unfuge nicht energisch entgegentreten. Gerade weil hier nicht böser Wille, sondern Gedankenlosigkeit der Uebel Ursache ist, muß nachdrücklichst darauf hingewiesen werden. Das auch schon im eigenen Interesse derer, die es angeht; für viele Handwerker könnte sich die Zurücksetzung der Hülfsarbeiter einst bitter rächen.

Die Solidarität der Interessen darf nicht auf den Kreis der direkten Berufsgenossen beschränkt bleiben; es kann einst der Fall eintreten, daß bei der fortwährenden Entwickelung der Technik, die für manche Berufe die erforderliche Geschicklichkeit auf ein Minimum reduziert, bei Konflikten zwischen Arbeitern und Kapital der eine Beruf gegen den anderen seitens des Kapitals ausgespielt wird. In der Großindustrie, speziell bei Massenproduktion, sind heute schon Tausende ungelernter Arbeiter als Dreher, Hobler, Bohrer usw. bei Vorarbeiten tätig. Es bedarf dazu keiner großen Kenntnis, sondern nur einer gewissen Geschicklichkeit, die sich viele Arbeiter in ganz kurzer Zeit aneignen. Und in den großen Betrieben gibt es stets eine größere Anzahl von Hülfsarbeitern, die binnen wenigen Tagen angelernt werden können. Werden die Hülfsarbeiter von den Berufsarbeitern in ihrem Bestreben um bessere soziale Lage nicht unterstützt, tritt an Stelle der Interessenharmonie und Solidarität Gleichgültigkeit oder gar Gegensätzlichkeit, dann kann es leicht passieren — und es passiert heute schon zwecks Akkordreduktion, — daß, wenn in einem solchen Betriebe zwischen den Berufsarbeitern und dem Unternehmer Konflikte ausbrechen, dieser die Hülfsarbeiter als Hülfstruppe heranzieht, sie an die Vorarbeit stellt und die Fertigarbeit mit den verbleibenden Getreuen der Meister ausführt.

Schon aus dem Grunde solcher Möglichkeit sollten die Berufsarbeiter sich mehr um die Hülfsarbeiter kümmern, diesen beistehen im Kampfe für die Organisation und für bessere Arbeitsverhältnisse.

Wie not das tut, dafür heute nur einige Hinweise. Die Lage der verschiedensten Berufsarbeiter ist wiederholt in den Parlamenten besprochen worden, und selbst die Minister haben unter dem Drucke der öffentlichen Kritik zugesagt, nach „Möglichkeit" auf Besserung der Verhältnisse einzuwirken. So in den letzten Wochen im Reichstage sowohl als auch im Abgeordnetenhause bezüglich der Bergarbeiter. Allerseits mußte mindestens zugegeben werden, daß die Lohnverhältnisse besser sein könnten und sicher sind diese nicht sehr rosig. Wohl sind die Löhne nominell gestiegen, aber dafür müssen die Bergleute intensiv arbeiten und der Mehrverdienst geht durch Verteuerung der Lebenshaltung wieder verloren, von einem Anteil an der Steigerung der Produktion kann keine Rede sein. Und trotzdem, die Lage der Bergarbeiter ist gegenüber den Fabrik- und anderen Hülfsarbeitern als glänzend zu bezeichnen. Die Jahresdurchschnittslöhne betrugen z.B. im rheinisch-westfälischen Industriegebiet für Bergarbeiter über 1300 Mk. Im Jahre 1900 verdienten 90 Prozent aller im Bergbau Beschäftigten über 3 Mk. pro Arbeitstag, 76 Prozent verdienten mehr wie 3,80 Mk. und **50 Prozent mehr wie 5 Mk. pro Tag**, nur 10 Prozent mußten mit einem Lohn von 3 Mk. und weniger zufrieden sein. In der Eisen- und Stahlgroßindustrie betrugen die Jahresdurchschnittslöhne ebenfalls über 1300 Mk., in der Kleineisenindustrie und im Maschinenbau ca. 1100 Mark, einschließlich der jugendlichen Arbeiter, die in dieser Industrie fast ein Drittel der Gesamtheit ausmachen; eingeschlossen sind darin aber auch die Hülfsarbeiter.

Wie steht's aber mit deren Löhnen? Geradezu schauderhaft! Die Tagelöhne der eigentlichen Hülfsarbeiter schwanken zwischen **1,80 Mk.** bis **3 Mk.** Darüber hinaus kommt nur hin und wieder jemand, als Ausnahme von der Regel.

Im allgemeinen steht der Fabrik-Hülfsarbeiter mit seinem Tagelohn um **100 Prozent** hinter dem Fabrikhandwerker und Bergarbeiter zurück! Wenn nun aber schon allgemein anerkannt ist, daß die Lage der Bergarbeiter und der Fabrikhandwerker unbefriedigend ist, wenn schon nicht geleugnet werden kann, daß deren Einkommen nur eben ausreicht, die dringendsten Bedürfnisse zu decken, dann bedarf es keines Beweises mehr, daß die Hülfsarbeiter **ein Hunger-, ein Elendsleben** führen müssen, das aller Kultur, aller Humanität Hohn und Spott schreit. Die Hülfsarbeiter leben unter denselben Teuerungsverhältnissen wie die genannten Berufsarbeiter. Wohnungsmiete, Kartoffeln, Kleidung sind für sie nicht billiger zu haben als für jene, — nur für Fleisch und Brot ist ihre Ausgabe nicht so groß, — weil sie vom ersteren wenig oder gar keins kaufen können und vom letzteren nicht genügend. In der Hauptsache müssen sie ihren Magen **mit Kartoffeln** füllen, sie und ihre Angehörigen, und dabei in den **elendesten Löchern** ihr Heim aufschlagen.

Die verheirateten Hülfsarbeiter können in der Mehrzahl mit ihren Familien nicht die allerdringendsten Bedürfnisse befriedigen, bei ihnen ist **Unterernährung die Regel!**

Aber? Hat der Hülfsarbeiter nun aber weniger Recht, an dem allgemeinen Kulturfortschritt Anteil zu nehmen als der andere? Nur erstklassige Menschen, die sich da einbilden, die Vorsicht in der Wahl der Eltern gebe ein „göttliches" Ordnungsrecht darauf, bei „normaler" Faulenzerei ein Prasser-, Schlemmer- und Ausbeuterleben zu führen, können solche Frage bejahen. Herrenmenschen können auf dem Standpunkt stehen, die „Ebenbilder Gottes", die das Verbrechen begingen, als Kinder armer Teufel geboren zu werden, die von früher Jugend an in Kapitalsdiensten fronden mußten, hätten jedes Anrecht verwirkt, ein menschenwürdiges Leben führen zu dürfen, an dem Kulturfortschritt, an dem auch der einfachste Arbeiter sein Teil beiträgt, Anteil zu nehmen. Kein denkender, sicherlich kein klassenbewußter Arbeiter kann so empfinden. —

Jeder Arbeiter, der es als Unrecht betrachtet und bekämpft, daß der dümmste Kapitalist, der im Produktionsprozeß überflüssige Unternehmer, der nichts schaffende Aktionär von dem Ertrage der Arbeit anderer einen großen Teil für sich vorwegnimmt; jeder, der es als Unrecht bekämpft, daß der Erbe des Kapitalisten, bloß weil er der Sohn seines Vaters ist, das „Recht" hat, die Arbeit auszubeuten, ohne die geringste eigene Leistung, von den Kulturgütern in überreichem Maße zu genießen, kann es nicht als Recht betrachten, wenn andere Kategorien von Arbeitern noch viel weiter von der Tafel der Kulturerrungenschaften zurückgedrängt werden als er selbst. Ebenso wenig wie es das Verdienst des Kapitalistenerben ist, Sohn seines Vaters zu sein, meist ebenso wenig ist es auch ein Eigenverdienst des Berufsarbeiters, daß er eine besser bezahlte Arbeit erlernen konnte, ebensowenig ist es ein Verschulden seines Mitarbeiters, wenn dieser kein Handwerk erlernen konnte, wenn er vielleicht schon während seiner Schulzeit als Hülfsarbeiter für seinen eigenen und seiner armen Eltern Lebensunterhalt schuften und leiden mußte.

Darum und im eigenen Interesse sollte der besser gestellte Arbeiter mit aller Kraft den Hülfsarbeiter bei dem Ringen um bessere Existenzbedingungen unterstützen. Durch Rat und Tat, durch Belehrung, durch Weckung des Selbstbewußtseins und der Menschenwürde soll der Berufsarbeiter dem geknechteten und hülfsbedürftigeren Arbeitsbruder zur Seite stehen, ihn zur Organisation leiten und treiben, ihn zum Kampfesmut und zum Kraftbewußtsein begeistern — man wird sehen, daß die Erfolge nicht ausbleiben.

Größeren Anteil an den Kulturgütern! Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für den Hülfsarbeiter, das sei die Forderung, die bei allen klassenbewußten Arbeitern Unterstützung finden muß!

W. D.

Kontraktbrüchige Landarbeiter.

Ein altes Postulat in den agrarischen Programmen ist die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches der ländlichen Arbeiter. In verschiedenen Bundesstaaten haben die Regierungen dem heißen Flehen der Grundbesitzer nachgegeben und Strafe für den Kontraktbruch eingeführt. So in Anhalt. Hier wird die widerrechtliche Verweigerung des Antritts der Arbeit, sowie das widerrechtliche Verlassen der Arbeit mit 30 Mk. Geldstrafe oder mit Haft bis zu 10 Tagen geahndet. Im § 2 wird die zwangsweise Zurückführung oder Zuführung der landwirtschaftlichen Arbeiter, welche widerrechtlich den Antritt der Arbeit verweigern oder die Arbeit verlassen, zugelassen. Die Kosten der zwangsweisen Zuführung sollen dem Arbeiter zufallen. Bestraft wird ferner, wer einen landwirtschaftlichen Arbeiter zur widerrechtlichen Verweigerung des Antritts der Arbeit oder des widerrechtlichen Verlassens der Arbeit verleitet, mit einer Geldstrafe von 150 Mk. oder Haft bis zu 6 Wochen; in die gleiche Strafe verfällt der Arbeitgeber, der einen Arbeiter in Beschäftigung nimmt, von dem er weiß, daß er widerrechtlich den Antritt der Arbeit verweigert oder die Arbeit widerrechtlich verlassen hat. Aehnliche Bestimmungen enthält das reußische Gesetz und das vom braunschweigischen Landtag am 27. November 1900 angenommene Gesetz. In Preußen und in den Provinzen Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein besteht für das Gesinde und für die dem Gesinde ähnlichen Arbeiter ein „Recht", das mit Geldstrafe bis zu 15 Mk. oder mit 3 Tagen Haft solche Arbeiter belegt, die die Arbeit oder den Dienst ohne gesetzmäßige Ursache versagen

oder verlassen. Dann besteht das Koalitionsverbot für die Landarbeiter, sodaß diese eigentlich den ländlichen Ausbeutern, an Händen und Füßen gefesselt, ausgeliefert sind. Ein Wehren gegen die schlimmsten Ausbeutungspraktiken gibt es nicht. Nur die Flucht vom Lande winkt als Erlösung.

Den Agrariern sind diese **Fesseln** aber noch nicht stramm genug, noch nicht zahlreich genug, sie wünschen eine größere Anzahl davon. Vor allem schmerzt es sie, daß ihren Landsklaven ab und zu gelang, von dem einzig möglichen Recht der Notwehr Gebrauch zu machen und davonzulaufen. Dem soll nun ein Riegel vorgeschoben werden.

Im preußischen Abgeordnetenhause hat die konservative Fraktion einen Antrag eingebracht, der die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfes noch in dieser Session ersucht, folgenden Inhalts:

1. daß auch derjenige Arbeitgeber bestraft wird, welcher Gesinde oder landwirtschaftliche Arbeiter, von denen er weiß oder annehmen muß, daß sie noch einem anderen Arbeitgeber verpflichtet sind, a) in Dienst nimmt, b) während der Dauer dieser Verpflichtung in Dienst behält, sofern nicht 4 Wochen seit der unrechtmäßigen Lösung des Dienstverhältnisses verstrichen sind; 2. ferner derjenige bestraft wird, der die Arbeitsvermittelung für solche Arbeiter oder Gesinde übernimmt; 3. endlich derjenige bestraft wird, der Gesinde oder einen landwirtschaftlichen Arbeiter verleitet, widerrechtlich einen Dienst nicht anzutreten, vorzeitig zu verlassen, oder die vertragsmäßige Arbeit niederzulegen.

Mehr noch wie im Reichsparlament trägt man im preußischen Landtage den Wünschen der Landjunker Rechnung; der Antrag wird Gesetz werden! Um so leichter, da der arbeitenden Klasse im Dreiklassen-Parlament jede Vertretung fehlt. Und so wird mit Einreihung des Antrages in die Gesetzsammlung ein neues Gewicht an den Fuß des Landproletariers geschmiedet. Der Antrag bringt die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches noch nicht, er stellt die Aufrichtung eines Meilensteines zu diesem von den Junkern so heiß ersehnten Ziele dar. Aber die Abwanderung vom Lande nach der Stadt wird man dadurch nicht hindern, sondern fördern. Wenn heute schon die Landflucht in einzelnen Kreisen des Ostens bis zu 18 Prozent der ortsanwesenden Bevölkerung ausmacht, so liegt dafür der Grund in der ungünstigen Bezahlung und ebenso sehr in der rechtlosen Stellung, welche der Landarbeiter heute einnimmt. Jede Erweiterung dieser rechtlosen Stellung vermehrt den Abzug vom Lande. Die Abwanderung kann verhindert werden, wenn man den Landarbeiter gleichstellt dem Industriearbeiter, ihm besonders das Vereins- und Versammlungsrecht, das freie Wahlrecht nicht wegstibitzt durch Beeinflussungen, Bedrückungen aller Art und ihm das Koalitionsrecht gewährt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Probleme des Arbeitsmarktes in den Kolonien. — Das Kapital, das Kleinbürgertum und die weißen Arbeiter in den Transvaal-Minenbezirken. — Das neue Gesetz über die Kuliinfuhr. — Allgemeines.

Die kapitalistische Kolonialpolitik schafft ganz neuartige Verwickelungen und Probleme auch auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes.

Einer der folgenschwersten Schritte ist hier soeben in Südafrika endgültig vollzogen worden: das mit Strömen von Blut und Verwüstung für England neugewonnene Transvaal hat den Entwurf über **Einführung von chinesischen Kulis zur Minenarbeit** zum Gesetz erhoben. Der weiße und der eingeborene farbige Arbeiter hat in Zukunft noch mit einer bisher unbekannten Konkurrenz zu rechnen, die, wie man annimmt, nicht nur die Löhne drücken, sondern auch den ganzen Zuschnitt des südafrikanischen Kulturlebens wesentlich beeinflussen wird.

Neue Länder mit starkem Bedarf an Lohnarbeit — man denke an die jüngeren Jahrzehnte der Vereinigten Staaten, oder heute an Australien — zeigen bekanntlich ein relativ hohes Lohnniveau; stark ein Ueberangebot von „Händen", wie im alten Europa, ständig vorzufinden, hat umgekehrt das unternehmungslustige Kapital Not, sich mit dem unentbehrlichen menschlichen Ausbeutungsmaterial zu versorgen. Die Eingeborenen sind oft, wenigstens am Produktionsort, wenig zahlreich; sie haben als Kleinbauern und Viehbesitzer die Lohnarbeit auch nicht nötig, oder sie sind nur zu den rohesten Kraftleistungen und erst nach Jahren und Jahrzehnten zu qualifizierterer Arbeit zu verwenden. Der Zustrom von europäischen Einwanderern ist vielleicht gleichfalls schwach, oder die Einwanderer gehen als Farmer in das Innere, bauen Korn und ziehen Vieh, aber sie lehnen es ab, durch das aufgerichtete Joch des Großkapitals hindurch zu gehen.

So klagen denn auch die Minenkönige in Südafrika, daß sie zur Bewältigung unerträglich hoher Löhne gezwungen seien und daß sie damit noch lange nicht die unentbehrliche Mindestzahl von Arbeitern heranzulocken vermögen. Ganze Werke ständen still, oder nur die halbe Zahl der Stampfen oder Maschinen sei im Gang. Selbst der Kaffer der angrenzenden Bezirke sei nicht mehr im alten Maße ein „Arbeitswilliger" für die Bergwerke; er habe während des Krieges viel Geld verdient als Lebensmittelverkäufer, für persönliche Leistungen beim Transport [illegible] Nachfolgeinteresse, er stände sich bei den weiter gestiegenen hohen Nahrungsmittelpreisen noch heute viel zu gut, um sobald wieder um der harten Arbeit in den fernen und fremden Diamanten- und Goldfeldern zu denken.

Wenn der Kaffer nie Geschmack kommt und wenn er tief unter eine menschenwürdige Lebenshaltung sinkt, wenn Tausende und Zehntausende von „Schwarzen" feiern und die Arbeitslosigkeit ganze Industrien und ganze Länder und Reiche und Erdteile heimsucht, dann besinnt sich das Kapital auf unabänderliche ökonomische Gesetze und predigt Geduld und Ergebenheit, denn mit der Zeit müsse sich das Blatt auch wieder wenden und um vorübergehender, wenn auch noch so schmerzender Erscheinungen willen könne man nicht immer gleich zu radikalen Maßnahmen schreiten. Ein ganz anderes aber pfeift man jedoch, wenn der Profit in die Klemme gerät und wenn die Maschinen „arbeitslos" bleiben, also Geld kosten statt Mehrwert einbringen. Dann schreit man vor keiner sozialen Umwälzung zurück.

Denn eine tiefgehende soziale Neuerung würde die Durchsetzung der südafrikanischen Bevölkerung mit importierten Chinesen bedeuten. Der Chinese geht nicht in der umgebenden Bevölkerung und Lebensweise auf, sondern er hält starr an seinen Kulturgewohnheiten fest und bildet mit seinen Rassenbrüdern einen eigenen Staat im Staate. Der Chinese als Lohnarbeiter ist vorwiegend ein Lohndrücker; sein Arbeitseifer ist unbeschränkt, um so kärglicher sind seine Ansprüche an Nahrung, Wohnung, Kleidung und vollends an edlere Genüsse. Der Chinese endlich als Kleinhändler und Kleinunternehmer ist wegen seiner Schmutzkonkurrenz meist der Schrecken des weißen Mittelstandes.

Aber das Großkapital ist durch Sentimentalitäten nicht abzuschrecken; die Kulturnachteile der Chinesenüberflutung setzen sich für das große Kapital zunächst in lauter Vorteile um: Ueberfluß an Händen, an spottbilligen und bis zur Erschöpfung sich abrackernden Arbeitssklaven, was ließe sich nach den schlimmen Zeiten des Krieges und der Produktionsstockung schöneres denken? Und auch einen weiteren Beweggrund haben die edelmütigen Herrscher der Minendistrikte offen ausgesprochen: die weißen Arbeiter erwerben das Stimmrecht, mit ihrer Zunahme wächst also auch der politische Einfluß der Arbeiterklasse, wächst die Gefahr „sozialistischer" Gesetzgebung zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutung und zum Schutze und zur Hebung der Arbeiter.

Alle diese Strömungen und Gegenströmungen gewahren wir in der vorangegangenen öffentlichen Agitation in Transvaal. Sogar andere englische Kolonien haben sich in die erregten Debatten eingemischt, wohl alle zugunsten der weißen Bevölkerung, da man mit der Kulieinfuhr schon schlimme Erfahrungen gemacht hat. Trotzdem sind die Minenkönige Sieger geblieben, teils infolge ihres wirtschaftlichen Uebergewichts und ihrer Beherrschung von Presse und Gesetzgebung, teils weil sie durch allerlei Scheinkonzessionen und Blendwerk die Gegnerschaft zu zerteilen und zu schwächen wußten. Vor allem den Groll des kleinbürgerlichen Mittelstandes hat man dadurch besänftigt, daß alle herbeiströmenden Chinesen nicht dauernd im Lande bleiben und keine Händler- und Hausierer-Berechtigungsscheine erwerben dürfen. Weiter soll, gewissermaßen durch eigene Chinesenviertel, die den weißen „Gentlemen" unbequeme Berührung mit den Zopfträgern nach Möglichkeit verringert werden: die Chinesen müssen im Bereich der „arbeitgebenden" Grube bezw. innerhalb eines engbegrenzten Umkreises wohnen; sie dürfen nur in den Diamant- und Goldfeldern verwendet werden, selbst für längeres Ausgehen bedürfen sie einer Erlaubnis und auch diese Erlaubnis darf 48 Stunden nicht überschreiten; ein weitgehender Paßzwang dient zur Kontrolle und Ueberwachung. Ja, selbst den weißen Vorarbeitern und Werkmeistern hat man nach Möglichkeit Honig in den Mund gestrichen: nach dem Buchstaben des Gesetzes soll der Kuli nur „ungelernte" Arbeit verrichten, für die bisher überwiegend die Kaffern in Frage kamen. Aber wo ist hier eine bestimmte Grenze zu ziehen, und wer wird es durchsetzen, daß diese Grenze in Wirklichkeit eingehalten wird?

So sehen wir also in den neuen Außenbezirken der kapitalistischen Produktion auch **ganz andersartige Kampfmittel des Klassenkampfes** sich entwickeln, wie sie bei uns in den alten Innenbezirken der kapitalistischen „Kultur" zur Anwendung gelangen. Oder vielmehr, was sich bei uns in kleinem Maßstabe und darum ohne allzu heftige Krisen abspielte, das wiederholt sich nun in der Ferne auf größerer und größter Stufenleiter. Auch bei uns holte man von jeher Lohndrücker mit tieferer Lebenshaltung aus den abgelegenen Winkeln der Provinz, aus dem tieferstehenden Ausland; man spekulierte auf ihre Armut und Bescheidenheit; man rechnete damit, daß sie, fremd und der Landessprache nicht mächtig, den Anschluß an die vorwärts drängende Organisation und Bewegung der heimischen Arbeiter nicht finden würden. Man hat dadurch auch manchen Fortschritt verzögert und manchen Kampf der Arbeiter erschwert. Aber bei uns blieb das alles mehr Nebenhandlung und Episode in dem großen Drama der sozialen Entwickelung. Jenseits des Weltmeers stoßen bei solchen kapitalistischen Bestrebungen ganz verschiedene Kulturstufen, ganz verschiedene Rassen aufeinander; das letzte, lockere Band des Zusammengehörigkeitsgefühls versagt hier; der gelbe oder schwarze Halbsklave schlägt dem freien weißen Arbeiter das Brot aus der Hand. Die Nebenhandlung rückt zeitweise in den Mittelpunkt der Geschehnisse. Wird es der freien Lohnarbeit in den Kolonien gelingen, auch dieser Bedrängnis zu wehren? Werden die Anschläge des Grubenkapitals zu schanden werden, vielleicht schon, weil der Kuli des fernen Ostens sich gar nicht danach sehnt, in der Fremde den Lohndrücker zu spielen und sich dafür auch noch wie einen Aussätzigen behandeln und wie einen Gefangenen internieren zu lassen?

Auch für den Arbeitsmarkt, für den Lohnkampf und die gewerkschaftliche Organisation schafft so der Expansions- (Ausdehnungs-) trieb des Kapitals immer neue Probleme. Diese berühren uns zwar selten unmittelbar; aber mittelbar wirken sie auch auf uns zurück. Denn die weißen Lohnarbeiter der Kolonien sind europäische Ausgewanderte, also Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut. Ferner war die Auswanderung auch für unseren heimischen Arbeitsmarkt (vor allem in England) stets ein mitwirkender Faktor. Und endlich ist bei der heutigen Weltwirtschaft überhaupt kein tiefergehender Entwickelungsprozeß in aufstrebenden überseeischen Ländern ohne Bedeutung auch für uns.

Daraus glaubten wir, uns heute mit dem symptomatischen Vorgang in Transvaal beschäftigen zu sollen.

Berlin, 15. Februar 1904. **Max Schippel.**

Soziale Rundschau.

— **Der Arbeitsmarkt im Monat Januar 1904.** (Reichsarbeitsblatt.) Der gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeitsmarkt hatte im Januar das Gepräge einer gewissen Stille. Diese Ruhe, die den Arbeitsmarkt in dem Monat Januar bis zu einem gewissen Grade regelmäßig charakterisiert, war einerseits bedingt durch die Witterungsverhältnisse (Frost), sowie durch die Inventuraufnahme in der Industrie, andererseits lag in einzelnen Industrien direkt eine Abschwächung der Konjunktur vor. Im Steinkohlenbergbau ist eine solche Abschwächung der bisher sehr günstigen Lage im Januar eingetreten, wenn auch zunächst nur in nicht erheblichem Maße, und ebenso, nur stärker, in der Roheisen-Industrie. Die übrige Metall-Industrie war im Januar von diesem Rückgang dagegen noch nicht berührt. In der Textil-Industrie, der elektrischen und chemischen Industrie war die Arbeitslage unverändert günstig. Von den handwerklichen Gewerben herrschte in einer Anzahl nicht unerhebliche Arbeitslosigkeit; es sind in der Beziehung zu nennen die Bäcker, Schneider, Glaser, Sattler, Barbiere und ferner noch die Bauarbeiter. Mit Eintritt der milden Witterung in der zweiten Hälfte des Monats besserten sich die Verhältnisse für die Bauarbeiter. Die Gesamtlage wird durchgängig als besser bezeichnet als im Januar 1903. Bei den berichtenden Krankenkassen sank im Januar die Beschäftigungsziffer um 1956 Personen. Die Vermittlungsergebnisse der Arbeitsnachweise waren im Januar nicht gerade ungünstig. Von einem Teil der Arbeitsnachweise werden sie als günstiger als im Januar 1903 bezeichnet. —

Das Reichsarbeitsblatt will wohl mit Vorsicht genossen sein. Während es auf Seite 886 Heft 11 wie vorstehend die Arbeitslage in der chemischen Industrie als unverändert günstig bezeichnet, ist auf Seite 887 dieses zu lesen:

„In der Chemischen Industrie war die Beschäftigung in den meisten Branchen im Januar wie gewöhnlich eine ziemlich ruhige, was damit zusammenhängt, daß einmal die Belebung des Exports um diese Jahreszeit noch nicht wieder eingetreten ist, andererseits aber auch das inländische Geschäft durch wirtschaftliche Störungen (Frost) und Inventuraufnahmen noch beeinflußt wird. Im allgemeinen können im Vergleich zu den gleichen Perioden früherer Jahre die Verhältnisse des Arbeitsmarktes in den meisten Branchen der Chemischen Industrie jedenfalls als normale bezeichnet werden. Der Januar brachte allerdings wieder ein weiter verstärktes Ueberangebot von Arbeitskräften, insbesondere in den größeren Städten. Jedoch hängt das mit den Witterungsverhältnissen des Monats zusammen und kann in Anbetracht der Jahreszeit als ungewöhnlich nicht betrachtet werden."

Die Papierindustrie war auch im Januar nach wie vor flott, wenn auch zu niedrigeren Preisen beschäftigt.

In der Sonneberger Spielwarenindustrie ist ebenfalls der Januar, nach Abwickelung des Weihnachtsgeschäfts, still. Die erste englische Saison war sehr matt. Das Angebot männlicher Arbeitskräfte ist ziemlich stark. Weibliche Arbeitskräfte sind trotz des stillen Geschäfts gesucht. Die Arbeitszeit wurde in einigen Betrieben verkürzt. Für die Nürnberger Industrie gilt das gleiche.

In der Zuckerraffination ist bisher eine Arbeitseinschränkung nicht eingetreten, eine solche wird aber von einer Anzahl Berichte in Aussicht gestellt, falls die Preisstellung für Raffinaden sich noch weiter verschlechtern sollte. Einstweilen sind die Arbeitsverhältnisse normal; wie meist im Januar war reichliches Angebot an Arbeitskräften vorhanden.

— **Unfälle in der chemischen Industrie.** Unter Korrespondenzen ist ein schwerer Unfall, der sich in einer chemischen Fabrik in Potsdam ereignet hat, geschildert. Und schon wieder kommt die Kunde von einem schweren Unfall, dessen Schauplatz diesesmal Posen ist. Da verunglückten am 23. Februar in der Präparierkammer der chemischen Fabrik von Moritz Milch vier Arbeiter. Infolge vorzeitig abgelassener Dämpfe fand man sie in der Frühe des Unglückstages betäubt vor. Die Wiederbelebungsversuche hatten nur bei dreien Erfolg; der vierte war bereits tot. Ob die mit dem Leben davon Gekommenen vorübergehend oder dauernd an ihrer Gesundheit Schaden genommen haben, darüber konnten wir bislang noch nichts erfahren. Die Unfallgefahr ist in der chemischen Industrie bedeutend. Im Jahre 1902 kamen auf 160 841 Vollarbeiter 1262 entschädigungspflichtige Unfälle. Auf 1000 Vollarbeiter entfielen 7,85 Unfälle, im Jahre 1902 sogar 9,04 Unfälle! Bezahlung und Arbeitszeit bleiben nicht ohne Einfluß auf Vorkommen der Unfälle. Mangelhaft genährte, in langer Arbeitsqual abgerackerte Arbeiter entbehren der geistigen Frische, die ein unfalldrohender Betrieb erfordert. Auch von der Posener Fabrik wird berichtet, daß die Arbeitszeit lang, die Löhne aber niedrig waren. Leider standen auch die Arbeiter der Organisation fern. Fern der Organisation stehen, nicht wehrfähig, nicht widerstandsvoll sein, das ist der Springquell aller Uebel. Unsere Kollegen, die in der chemischen Industrie schuften, müssen sich der Organisation anschließen, um ungenügende Bezahlung, Ueberarbeit und vermehrte Unfallgefahr erfolgreich bekämpfen zu können.

Vom sozialen Kampfplatze.

— **In Hamburg** haben die im Betriebe der „Hamburger Hausfrau" beschäftigten Kolporteure die Arbeit eingestellt, da der Verlag unter keinen Umständen die sehr minimalen Löhne um etwas erhöhen wollte. Es ist die Sperre über den Betrieb verhängt. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind um moralische Unterstützung gebeten.

— **In Naumburg und Barby** haben sich die Unternehmer zu einem Entgegenkommen noch nicht bequemt. Auch die Firma **Voß in Sarstedt** fährt mit ihren Entlassungen fort.

— **Der Streik in Regen ist beendet.** Am Freitag, den 19. Februar, kam unter Mitwirkung eines Herrn vom Bezirksamte eine Einigung zustande unter nachfolgenden Grundsätzen. Die Organisation wird anerkannt. Siebzehn namhaft gemachte Arbeiter fangen am Montag, den 22. Februar, zu arbeiten an. Bis zum 29. Februar werden weitere 25 angenommen und nach und nach werden sämtliche Streikenden ohne jede Ausnahme, auch die „Haupthetzer", eingestellt. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen bleiben die gleichen, wie vor dem Streik. Ein günstigerer Abschluß war nicht möglich. Der Gedanke des gemeinsamen Ausharrens ist hier noch zu wenig ausgeprägt, was daraus hervorgeht, daß sich von den Einwohnern des Ortes 59 Personen der Firma zur Verfügung stellten. Mit diesen und den in der Arbeit verbliebenen Arbeitern und Ar-

beiterinnen, Meistern und Lehrlingen hatte die Fabrik 128 Arbeitskräfte zur Verfügung. Immerhin konnte der Anschlag gegen die Organisation abgewehrt werden. Hoffentlich hat nach diesem Kampf auch die Firma Rodenstock erkennen gelernt, daß die Organisation eine Macht darstellt. Beachtet sie in Zukunft die Organisation als Vertreterin der Arbeiterinteressen, verhandelt sie mit ihr bei vorkommenden Differenzen, dann ist die Schlichtung der letzteren möglich, ohne daß sich beider Teile erst die Kampfstimmung bemächtigt.

— In Barby haben 14 unserer Kollegen sich den Bauhandwerkern und Bauarbeitern angeschlossen. Man will organisierte Arbeiter nicht beschäftigen. Merkwürdigerweise soll es der Bürgermeister sein, der das Unternehmertum in seinem organisationsfeindlichen Getue noch bestärkt. Das ist merkwürdig. Sonst pflegen Leiter irgendwelcher Gemeinwesen für die Beilegung ausgebrochener Konflikte zu wirken.

Der Ausbau unserer Organisation.

Die unter diesem Titel in Nr. 2 und 4 des „Proletarier" veröffentlichten Artikel veranlassen auch mich, meine Ansicht über die Besoldung der Gauvorsitzenden zu äußern. Der Einsender des ersten Artikels klagt darüber, daß die Gauvorsitzenden, wenn sie ermüdet von der Arbeit kommen, sich den ihnen obliegenden Arbeiten nicht so widmen können, wie es im Interesse des Verbandes wohl wünschenswert erscheint. Nun, die Obliegenheiten der Gauvorsitzenden bestehen des Abends doch wohl hauptsächlich nur in Erledigung der Korrespondenzen und sonstigen schriftlichen Arbeiten, welche oft auch andere Kollegen zu besorgen haben, ohne Gauvorsitzender zu sein. Für Arbeitsversäumnisse muß derselbe ja selbstverständlich entschädigt werden. Dies geschieht doch auch wohl jetzt schon, wie die Mehrzahl der Gauvorsitzenden wohl heute schon eine kleine Entschädigung für ihre Arbeiten erhalten. Warum denn nun die Gaue vergrößern und so den Vorsitzenden noch mehr Arbeit zuführen? Ich halte vielmehr kleine Gaue für vorteilhafter. Auch sollte darauf gesehen werden, daß, wo es irgend möglich ist, der Sitz des Gauvorstandes in der Mitte des Gaues sich befindet. Es würden dann, wenn die Anwesenheit des Gauvorsitzenden an irgend einem Orte wünschenswert erscheint, lange und kostspielige Reisen vermieden werden. Uebrigens gibt es ja auch in jedem Gau große Zahlstellen, die finanziell sich gut stehen, Redner in ihrer Mitte haben und deshalb den Gauvorsitzenden nicht in Anspruch nehmen. Auch kleine Zahlstellen, welche nur eine Fabrik oder ein sonstiges Werk als Arbeitsstätte haben, wo also alle öffentliche Agitation für die Kollegen gefährlich ist und nur die mündliche in Betracht kommt, machen dem Vorsitzenden des Gauvorstandes keine Arbeit. Wenn nun der Kollege in dem Artikel weiter schreibt, daß schon jetzt die großen Zahlstellen meist Lokalbeiträge erheben, und wenn dieselben eine kleine Erhöhung erfahren würden, dies die Mitglieder kaum merklich spüren, so ist das gedacht, wie die Regierungsvertreter im Reichstage denken, wenn sie eine Erhöhung der indirekten Steuern befürworten. Besser wäre es nach meiner Ansicht, wenn die großen Zahlstellen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Prozenten so wirtschaften würden, daß sie nicht noch Extrabeiträge einführen müßten, die eben erst vom Verbande beseitigt sind. Was nun die Verschmelzung mehrerer kleinen Zahlstellen in einem Orte zu einer großen betrifft, so mag das seine guten Seiten haben, hat aber sicher seine Nachteile; schon heute wird oft über schlechten Versammlungsbesuch geklagt, es würde noch mehr geklagt werden, wenn den Kollegen durch weite Wege der Versammlungsbesuch erschwert würde. Ich wende mich zu dem Artikel von Pannicke in Nr. 4 des „Proletarier". Kollege K. befürwortet einen höheren Beitrag der Mitglieder, um dieselben in Krankheitsfällen unterstützen zu können; es ist doch aber jedem Arbeiter möglich, sich für Krankheitsfälle selbst zu versichern, und es ist bei einiger Vorsicht auch möglich, Schwindelkassen zu meiden. Anders bei der Arbeitslosigkeit. Hier ist jedem Mitgliede die Möglichkeit genommen, sich selbst zu versichern, und wird der Verband sich früher oder später wieder mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Hoffentlich wird die Arbeitslosenunterstützung dann die Zustimmung der Verbandsgenossen finden und dann haben wir das die Ausdehnung des Verbandes fördersamste Mittel.

F. Bowitz, Brunsbüttelkoog.

Gau 7.

Sonntag den 14. Februar tagte unsere Gaukonferenz in der Zentralherberge zu Radeberg. Vertreten sind die Verbandsorte Bautzen, Dresden, Freiberg, Glauchau, Kötitz, Meißen, Mügeln, Nossen, Oschatz, Potschappel, Radeberg, Roßwein, Sebnitz, Waldheim, Hartha und Weinböhla. Nicht vertreten sind: Plauen, Siebenlehn, Zittau und Elsterwerda. Den Vorstandsbericht gibt Kollege Wackwitz. Er führt ungefähr aus: Zur ersten Gaukonferenz waren 6 Delegierte aus ebenso viel Zahlstellen erschienen. Drei Zahlstellen hatten keinen Delegierten entsandt. Es war also noch ein klägliches Bild. Zum Gau gehörten ungefähr 523 Mitglieder. Er schilderte dann, wie in den darauffolgenden Jahren die Krise verheerend eingesetzt und den Gewerkschaften viel zu schaffen gemacht hätte. Es sei aber nur ein kleiner Rückgang zu verzeichnen gewesen und das Jahr 1903 hätte fast für alle Gewerkschaften überaus günstig eingesetzt. Die wirtschaftliche Lage könne aber im Berichtsjahre nicht günstig genannt werden, das zeige die vom Dresdener städtischen Statistischen Amt im Oktober 1903 vorgenommene Arbeitslosenzählung; gezählt wurden 4114 männliche und 1345 weibliche Arbeitslose. Unter Hinzuziehung der Fehlerquoten in Summa: 6355 Arbeitslose. Die auf der vorigen Konferenz beschlossene Agitationstour unseres Kollegen Brey hat nur 45 neue Mitglieder gebracht. Diese Versammlungen waren fast überall nicht gut besucht. Die minderbemittelten Zahlstellen wurden selbstverständlich vom Gau materiell unterstützt. Bei derartigen Agitations-Versammlungen müßten die Zahlstellen auch einmal in bürgerlichen Zeitungen inserieren, um die indifferente Masse heranzuziehen. 3300 Handzettel und 40 Plakate wurden vom Gau verbreitet. Die größeren Zahlstellen besorgten sich ihr Material selbst. Laut Beschluß der vorigen Konferenz wurden ferner versandt an 93 Orte je 2 Exemplare Fragebogen, um zu erfahren, wie viel Betriebe und Arbeiter in den betreffenden Orten für uns in Frage kämen zu eventueller Agitation. Diese Fragebogen wurden versandt an 18 Zahlstellen, 17 Kartelle und 58 sonstige Personen (Wahlvereinsvorstände usw.). Leider hätten solche nur zurückgesandt: 6 Zahlstellen, 7 Kartelle und 4 sonstige Personen. Nicht einmal unsere Vertrauensleute hätten es für nötig befunden, die Fragebogen ausgefüllt oder leer zurückzusenden. Eine Statistik konnte also nicht vorgenommen werden; auch konnten dadurch nur 3 Zahlstellen gegründet und einige sonstige Verbindungen geschaffen werden. Durch den Gau seien 22 Versammlungen veranstaltet worden. Gegründet wurden 8 Zahlstellen, und zwar in Elsterwerda, Freiberg, Glauchau, Kötitz, Plauen, Königstein, Leisnig und Weinböhla. Die Zahlstelle Königstein, die sich anfangs ganz gut entwickelt habe, sei leider schon wieder eingegangen. Im 4. Quartal sind außer Siebenlehn und Zittau verkauft worden: 20 738 Marken à 20 Pf. und 2498 Marken à 10 Pf., also in Summa 23 236. Die Zahlstelle Leisnig ist zwar von unserem Gau gegründet, jedoch dem 6. Gau überwiesen worden. Demnach haben wir 20 Zahlstellen und 2 Orte mit Einzelmitgliedern, also 7 Zahlstellen mehr wie im vorigen Jahre. Der Mitgliederbestand im vorigen Jahre war: 892 in 15 Orten; in diesem Jahre 1950 männliche und 353 weibliche in 19 Orten, da 2 Zahlstellen keine Zahlen eingesandt haben; also 1311 mehr als im vorigen Jahre. Mit diesem Zuwachs könnte man wohl zufrieden sein. Tätig war der Vorstand ferner mit bei einer Streikregelung und einer Differenzregelung. Revisionen durch Anweisung des Hauptvorstandes waren nicht nötig, durch Verlangen der Zahlstellen nur einmal. Ausgänge: 132 Drucksachen, 80 Briefe, 1 Telegramm, 122 Karten, 12 Plakate und 1 Geldsendung. Eingänge: 89 Briefe, 69 Karten. Es wird beschlossen: 1. Die einzelnen Zahlstellen sind verpflichtet, nach jeder Quartalsabrechnung eine Abschrift von dieser an die Gaulettung zu senden. Auch muß diese die Unterschrift der Bevollmächtigten, der Revisoren und den Stempelabdruck tragen. 2. Die Zahlstellen sind verpflichtet, pro Jahr und Mitglied 10 Pf. an die Gaukasse abzuliefern. Der Betrag ist halbjährlich einzusenden.

Dann gab der Kassierer, Kollege Karl Thiemig, den Kassenbericht. Kassenbestand voriges Jahr: 72,34 Mk., vom Hauptvorstand: 150 Mk., Beiträge: 99 Mk. — Ausgabe: 255,03 Mk., 66,31 Mk. Kassenbestand. Ferner ersucht der Kassierer, die Beiträge direkt an ihn zu senden, um Irrtümer zu vermeiden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Hierauf entspann sich eine kurze Debatte über die erwähnten Fragebogen. Mehreren Delegierten war nichts davon bekannt. Es folgten dann die Berichte der Delegierten.

Dann begann die Diskussion über die Anträge der Zahlstellen. Diese wurde teilweise sehr lebhaft und beteiligten sich fast alle Delegierten daran. Der Antrag Potschappel: Die Gaukonferenz wolle beschließen, daß eine Agitationstour durch eine weibliche Kraft vorgenommen werde zum Zwecke, die Arbeiterinnen zu gewinnen, wird angenommen. In der Debatte schlug Thiemig-Dresden vor, daß einige Zahlstellen, die nicht weit von einander liegen, sich zusammenschließen sollen, um Versammlungen zu arrangieren. Er sei nicht mehr für solche große Agitationstouren. Findeisen-Freiberg und Wackwitz-Dresden sind für Hausagitation. Zu einem Antrage Dresden: Die Höhe der Entschädigung der Delegierten ist von der Konferenz festzusetzen und von den Zahlstellen zu gewähren, wird eine Resolution angenommen, die also lautet: „Die heutige Konferenz empfiehlt, daß jede Zahlstelle ihrem Delegierten zur Konferenz 5 Mark nebst Fahrgeld gewährt. Antrag 2 Dresden: Die Konferenz soll die Höhe der Entschädigung der Gauvorstands-Mitglieder, welche laut Gau-Reglement zur Teilnahme an der Konferenz verpflichtet sind, festsetzen. Derselbe wird dahingehend angenommen, daß jedes Vorstandsmitglied ebenfalls 5 Mark nebst Fahrgeld erhält. Antrag Roßwein: Die kleinen Zahlstellen sollen durch Versammlungen besser unterstützt werden. Da der Vorstand, sowie die Delegierten dies für selbstverständlich halten, zieht der Roßweiner Delegierte den Antrag zurück. Antrag Meißen: 1. Die Konferenz möge darüber diskutieren, wie eine feste Norm in bezug auf Maßregelungs-Unterstützung zu schaffen sei. 2. Die Konferenz möge über die Beitragspflicht der zu Reserveübungen eingezogenen Mitglieder debattieren. 3. Die Konferenz möge eine Debatte über den letzten Absatz in § 6 des Statuts herbeiführen. Die Konferenz wolle die Ergebnisse dieser Beratung als Anträge zum Verbandstage behandeln. Diese Anträge wurden nach lebhafter Debatte dem Gauvorstand überwiesen, um sie zu Anträgen für den Verbandstag auszuarbeiten. Antrag Nossen: Die Gaukonferenz möchte beschließen, die Delegierten zum nächsten Verbandstage zu beauftragen, das Erscheinen des „Proletarier" wöchentlich zu beantragen. Dieser Antrag wird nach lebhafter Debatte gegen 3 Stimmen abgelehnt, ebenfalls der Zusatzantrag: Der „Proletarier" soll 8seitig erscheinen. Bei diesen Anträgen spielte der Kostenpunkt eine große Frage. Dadurch müßten ja doch nur die Beiträge erhöht werden, wiewohl Kollege Thiemig-Dresden und andere Delegierte wünschten, daß der „Proletarier" besser ausgestaltet werde. Antrag Glauchau: Die Zahlstelle beauftragt die Gaukonferenz, zum nächsten Verbandstage den Antrag einzubringen, daß künftig das Einschreibegeld bei Uebertritt aus anderen Organisationen in unsere Organisation in Wegfall kommt, da es unsere Agitation sehr erschwert. Dieser Antrag erregte ebenfalls eine lebhafte Debatte. Die Delegierten waren vielfach der Meinung, wer in unsern Verband wolle, um weniger Beitrag zu leisten, könne ruhig die 30 Pf. zahlen. Es stellte sich jedoch heraus, daß der Antrag falsch aufgefaßt wurde. Er wurde deshalb unter Zustimmung der Glauchauer Delegierten wie folgt redaktionell geändert und in dieser Form angenommen: „. . . . daß künftig das Einschreibegeld bei Uebertritt unserer Kollegen, die in anderen Verbänden organisiert sind, in Wegfall kommt . . .". Antrag Radeberg: Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen, resp. einen Antrag dahingehend zum Verbandstage zu stellen und die Beiträge um 15 Pf. pro Woche zu erhöhen. Der Antrag wurde wegen der Arbeitslosen-Unterstützung angenommen. Da der Verbandstag jedenfalls nicht für Krankenunterstützung zu haben sei, würde der Antrag nicht in dieser Form angenommen werden. Wolf-Potschappel meinte, man solle für die weiblichen Mitglieder an Stelle Reiseunterstützung lieber irgend eine andere Unterstützung einführen. Schneider-Dresden meint, durch Einführung der Kranken-Unterstützung erübrige sich dieser Wunsch. Der Antrag Schneider: Einen besoldeten Gauleiter anzustellen resp. Antrag dazu zum Verbandstag zu stellen, wird dem Vorstand überwiesen. Der Vorsitzende erhält für seine Tätigkeit 10 Mk., und der Kassierer und Schriftführer je 8 Mk. Als Sitz des Gauvorstandes wurde Dresden wieder bestimmt. Die nächste Konferenz tagt in Mügeln. Im Schlußwort meinte der Vorsitzende, Kollege Wackwitz-Dresden, daß die heutige Konferenz eine arbeitsreiche und hoffentlich auch eine erfolgreiche gewesen sei. Er dankte für die rege Mitarbeit der Delegierten und forderte sie auf, in ihren Zahlstellen dahingehend zu wirken, daß der Verband immer größer und leistungsfähiger würde. Er schloß um 1/2 7 Uhr abends mit einem kräftigen Hoch auf unsern Verband die Konferenz.

Korrespondenzen.

Bergedorf. Der Streik der Schmiede und Maschinensteller der Nagelfabrik im benachbarten Sande ist Sonnabend, den 20. Februar, beendet worden. Nach dem Bericht der Kommission hat sich die Direktion bezüglich des wichtigsten Punktes der Forderung: Abschaffung der Lohnabzüge für zu schwere Nägel, bereit erklärt, Lohnabzüge erst dann zu machen, wenn auf 100 Nägel drei und mehr zu schwere Nägel entfallen. Bisher wurden schon Abzüge gemacht, wenn ein oder zwei zu schwere Nägel auf das Hundert entfielen. Einer gänzlichen Abschaffung der Abzüge könne die Direktion nicht zustimmen, da ihr dann die Möglichkeit genommen sei, diejenigen Arbeiter zu strafen, die absichtlich schwere Nägel fabrizieren, um ein möglichst großes Gewicht zu erzielen. Betreffs der Mittagszeit müßten auch die anderen Arbeiter befragt werden und soll hierüber eine Abstimmung unter sämtlichen Arbeitern des Betriebes stattfinden. In bezug auf die Weihnachtsprämie, die nur denjenigen ausbezahlt wird, die von Anfang des Jahres ununterbrochen bis zum Schluß des Jahres auf der Fabrik gearbeitet haben, könne die hiesige Direktion keine Zugeständnisse machen. Hierüber habe die Oberdirektion in Christiania zu bestimmen. Der Forderung, die dem Arbeiter zustehenden Prozente bei Lösung des Arbeitsverhältnisses auch innerhalb des Jahres auszubezahlen, werde aber schwerlich zugestimmt werden können, da die Arbeiter, wenn sie ausgelernt und für die Fabrik etwas zu leisten imstande sind, leicht geneigt sein könnten, der Fabrik den Rücken zu kehren, wodurch dieselbe erheblichen Schaden erleide. Im weiteren sei die Firma bereit, über entstehende Differenzen mit dem aus der Mitte der Arbeiter zu wählenden Arbeiterausschusse zu verhandeln, bereit, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Die Streik-Kommission ersuchte, auf Grund dieser Zugeständnisse die Arbeit wieder aufzunehmen, welchem auch, wie bereits erwähnt, zugestimmt wurde. Das Feueranmachen soll nach einem Beschluß der Streikenden in der bisher gepflogenen Weise besorgt werden. Die Einführung eines Arbeiterausschusses wurde zugestanden. Die Streikenden sind am 22. Februar geschlossen zur Arbeit gegangen und sind Maßregelungen erfreulicherweise nicht vorgenommen worden. Hoffentlich werden die Arbeiter ihre Einigkeit auch fernerhin bewahren, um sich die erzielten Erfolge für die Zukunft zu sichern. Beweist doch die Vergangenheit, daß die Arbeitgeber, sofern sie merken, daß die Arbeiter sich von der Organisation abgewendet und hierdurch den Zusammenhalt verloren haben, leicht geneigt sind, die gemachten Zugeständnisse zurückzuziehen.

Berlin. Eine öffentliche Versammlung der Gummiarbeiter und -Arbeiterinnen tagte am 22. Februar in Heinrichs Festsälen, Blücherstraße 61. An Stelle des nicht erschienenen Referenten, Reichstagsabgeordneten Wurm, hatte der Kollege Konrad Bruns das Referat übernommen. Der Redner schilderte, wie es gelungen ist, seit ungefähr Jahresfrist auch die Gummiarbeiter, die zu den schlechtbezahlten Arbeitern Berlins gehören, zu organisieren und damit aus ihrer Lethargie aufzurütteln. Nicht nur, daß Stundenlöhne von 25 Pf. die normale Bezahlung auch der verheirateten Arbeiter bilden, daß die Behandlung seitens der Meister und Vorgesetzten vielfach eine recht schlechte ist, sind auch die hygienischen Zustände in näher bezeichneten Betrieben direkt polizeiwidrige. Dazu kommt, daß durch ein neues Verfahren in der Fabrikation ein äußerst widerlicher Geruch erzeugt wird, der sich in den Kleidern festsetzt und zur Folge hat, daß die Arbeiter aus Straßenbahn und Omnibus ausgewiesen werden. Mangelnde Ventilation, ungenügende Waschvorrichtungen, das gänzliche Fehlen von Baderäumen und der gesonderten Garderoben zwingen die Arbeiter, diesen Geruch in ihren Kleidern nach Hause zu tragen und noch ihre Wohnungen damit zu verpesten. Nicht einmal ordentliches Trinkwasser ist vorhanden. Redner geht dann zur Kennzeichnung der Zustände in den einzelnen Fabriken über und werden seine Ausführungen von den nachfolgenden Rednern bestätigt und ergänzt. Trotzdem in einer größeren Fabrik länger gearbeitet wurde, um die Arbeiter an dem Besuch der Versammlung, die auf 7 1/2 Uhr angesetzt war, zu hindern, waren die vorhandenen Räume überfüllt. Die anwesenden Berufsgenossen folgten mit lebhaftem Interesse den Ausführungen der einzelnen Redner und verpflichteten sich in einer einstimmig angenommenen Resolution, dem Verbande beizutreten und auch die nicht anwesenden Kollegen zum Beitritt zu veranlassen.

Sonntag, den 14. Februar, tagte eine öffentliche Versammlung in Rummelsburg bei Berlin. Kollege Weitze hatte das Referat: „In der besten der Welten", übernommen. Er schilderte, welche Kämpfe die Arbeiter, insbesondere unter dem Sozialistengesetz, erdulden mußten und jetzt noch durchkämpfen müssen in bezug auf das Koalitionsrecht. Er schloß mit der Mahnung, daß jeder der Anwesenden sich dem Verbande anschließen möge. Kollege Bentin kritisierte dann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dem Siemens-Werke zu Lichtenberg bei Rummelsburg. Danach beträgt der Anfangsstundenlohn 28 Pf., nach 6 Wochen soll zwar 1 Pf. pro Stunde zugelegt werden, jedoch haben Leute, welche schon drei Jahre dort beschäftigt sind, es noch nicht auf 30 Pf. pro Stunde gebracht. Es werden dort hauptsächlich die Kohlenstifte für elektrische Lampen hergestellt, eine Arbeit, bei welcher man wohl ebenso verschmutzt wie beim Fegen der Schornsteine. Badegelegenheit ist wohl vorhanden, jedoch so ungenügend und räumlich beschränkt, daß die meisten Arbeiter vollständig schwarz nach Hause gehen müssen. Die Behandlung der Arbeiter durch die Vorarbeiter läßt alles zu wünschen übrig. Soll doch ein Kollege von einem Vorarbeiter sogar geschlagen und zu Boden geworfen sein. Auch die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen sind jämmerliche. In der Diskussion bezeichneten die Arbeiter dieser Werke die Mißstände noch schlechter, als sie der Redner gezeichnet hatte. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die gut besuchte Versammlung.

Beucha. Sonntag, den 14. Februar, tagte eine öffentliche Versammlung in Eicha mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der ungelernten Arbeiter". Referent: Genosse Lüttich aus Leipzig. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Sodann gab der Vertrauensmann die Abrechnung vom vorigen Quartal, diese wurde von den Revisoren bestätigt und darauf Entlastung erteilt. Dann wurden folgende Kollegen einstimmig gewählt: Riedel, Vertrauensmann; Dutschke, Revisor; E. Schäfer, zweiter Hülfskassierer. Zum Schluß wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen.

Dresden. Ende des vorigen Jahres ereignete sich auf der Sächsisch-Böhmischen Gummifabrik ein schwerer Unglücksfall, der die Kollegen aufrüttete und in ihnen das Pflichtbewußtsein weckte, auf die Beseitigung einer Reihe von Mißständen zu drängen. Schon vorher hatten einzelne Kollegen der Betriebsleitung Vorstellungen gemacht, aber ohne Erfolg. Erfolgreicher waren sie bei der Rückgängigmachung der Kündigung eines Kollegen, welcher wegen einer Lohnreduzierung mit der Fabrikleitung verhandeln sollte. In einer zahlreich besuchten Betriebsbesprechung wurde der Verbandsleitung der Auftrag gegeben, die vorhandenen Mängel auf irgend eine Weise zu beseitigen. Diese richtete eine Beschwerdeeingabe an die Gewerbeinspektion. Die größeren Mißstände bestanden darin, daß zwei neuaufgestellte Pressen gänzlich ohne Radschutz liefen. Die Ausrückvorrichtungen hatten den Fehler, daß die Pressen trotz Auslegen weiter liefen, oder wenn die Walzen stramm gestellt waren, überhaupt nicht ausgerückt werden konnten. Die betr. Ausrücker waren noch dazu so weit vom Standort des bedienenden Mannes entfernt, daß bei einem Unglücksfall dieser gar nicht in der Lage war, die Maschinen selbst zum Stillstand zu bringen. Was dadurch für schwere Unglücksfälle entstehen können, ist leicht begreiflich. Und trotz der Mängel war im Betrieb nicht einmal ein Glockensignal vorhanden, daß der ganze Betrieb schnell zum Stillstand gebracht werden konnte. Dieses ist zwar früher vorhanden gewesen, aber beseitigt worden. Auch in sittlicher Beziehung bestanden Mißstände, indem die Frauen und Mädchen gezwungen waren, an der Bedürfnisanstalt der männlichen Arbeiter während des Gebrauchs vorüberzugehen. Diese Mißstände wurden der Gewerbeinspektion mitgeteilt. Diese hat darauf sich veranlaßt gesehen, den Betrieb einer Revision zu unterziehen und Anordnungen zur Abhülfe der bestehenden Mißstände zu treffen. Es bestand aber auch noch der Mißstand in der Gummifabrik, daß kein genügender Ankleideraum vorhanden ist, so daß die männlichen Arbeiter gezwungen sind, unter den Augen der weiblichen sich umzukleiden. Vielleicht nimmt die Betriebsleitung Veranlassung, auch dieses zu beseitigen.

Bietigheim. Um die im Dezember letzten Jahres hier errichtete Zahlstelle zu stärken, tagte Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, eine Versammlung in Bissingen. Der Besuch war, wohl eine Folge des äußerst schlechten Wetters, kein besonders guter. Und doch hätte die Arbeiterschaft, die in Bietigheim in dem Linoleumwerk, in der Holzwarenfabrik und

der Spinnerei beschäftigt ist, alle Ursache, endlich einmal aus ihrer unbegreiflichen Gleichgültigkeit aufzuwachen. Sind doch die Löhne durchweg sehr gering, die Arbeitszeit aber durch die Anzahl an Ueberstunden eine sehr lange. Desgleichen ist auch die Behandlungsweise, die den Arbeitern von den Meistern und Aufsehern zuteil wird. Dieses trifft besonders beim Linoleumwerk zu, hier muß, ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter, Tag und Nacht geschuftet werden für eine Bezahlung, die vielfach in gar keinem Verhältnis steht zu den Leistungen. Weigert sich ein Arbeiter, bis abends 10 und 11 Uhr zu arbeiten, so droht ihm die Entlassung. Reklamationen infolge der sehr häufig vorkommenden „Irrtümer" bei der Lohnzahlung sind an der Tagesordnung. Die Zahl der vielfach auch schweren Unfälle ist bedeutend. Trotz alledem verstehen es die Arbeiter nicht, ihr Interesse auch nur einigermaßen zu wahren. Anstatt gleichgültig in den Tag hinein zu leben, und durch dieses Verhalten ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, sollten sie das Beispiel der Unternehmer nachahmen, welche sich allüberall organisiert haben. Auch die in Bietigheim beschäftigten Arbeiter werden in der Zukunft ihr Heil in der Organisation suchen müssen, weil ihnen sonst von keiner Seite her eine Hülfe zuteil wird. Die Fabrikarbeiter, soweit sie hier beschäftigt sind, fordern wir auf, unserem Verbande beizutreten, nur wenn eine Vereinigung unserer Berufskollegen vorhanden ist, sind wir in der Lage, für eine Besserung unserer Verhältnisse einzutreten. Agitiere ein jeder, soweit es in seinen Kräften steht.

Flensburg. In unserer am 13. Februar im Lokal „Nordertorbierhalle" stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Genosse Hering über die Entstehung und Entwickelung der Gewerkschaften. Der Referent führte den Anwesenden die ganze gewerkschaftliche Entwickelung bis in die Neuzeit hinein treffend vor Augen. Reicher Beifall seitens der, gegenüber sonst, sehr gut besuchten Versammlung belohnte den Referenten für seine vortrefflichen Ausführungen. In der sich entwickelnden lebhaften Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit den gehörten Ausführungen zufrieden. Sodann machte der erste Bevollmächtigte bekannt, daß wir in dem Prozeß wegen des Gänseausspielens kostenlos freigesprochen worden sind. Das Ausspielen war polizeilich genehmigt worden und hatten auch die Angeklagten die vorgeschriebene Steuer entrichtet. Die Anklage behauptete, die Ausspielung wäre öffentlich gehandhabt worden, und sollte sich der mitangeklagte Gastwirt E. Roll der Beihülfe schuldig gemacht haben, da er als Inhaber eines öffentlichen Versammlungsortes Glücksspiele daselbst geduldet habe. Die sehr umfangreiche Beweisaufnahme ergab, daß die 360 Mitglieder zählende Zahlstelle 400 Einladungskarten hatte drucken lassen, die aber größtenteils bei Verbandsmitgliedern Verteilung gefunden hatten. Vor Beginn des Spiels war besonders darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich nur mit Einladungskarten versehene Personen an demselben beteiligen dürften. Vier Zeugen erklärten in der Verhandlung, zurückgewiesen worden zu sein, weil sie nicht im Besitze einer Karte waren.

Hamburg-Eilbeck. In der Versammlung am 18. Februar wurde die Beratung über die Verschmelzung der Zahlstellen Hamburgs fortgesetzt. Kollege Klinger beantragt die Debatte zu schließen. Der Antrag wird angenommen. Zur Sache selbst gelangt folgender Antrag zur Annahme: „Es ist eine Urabstimmung vorzunehmen, die daraus erwachsenden Kosten werden prozentual verteilt." Bei Erstattung des Kartellberichtes wird auf die Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen aufmerksam gemacht. Jeder zur Teilnahme an der Wahl berechtigte Kollege sollte Sorge tragen, daß er sein Wahlrecht ausüben könne.

Hamburg-St. Georg. In der am 11. Februar tagenden Mitgliederversammlung hielt Genosse Ockelmann einen Vortrag über den Bauernkrieg. Der Vortrag war sehr lehrreich und wurde mit Beifall von der Versammlung aufgenommen. Als erster Bevollmächtigter wurde Kollege Völker vorgeschlagen. Zu dem Kartellbericht nahm Kollege Schulz das Wort, der es bemängelte, daß es unsere Vertreter im Kartell schweigend zuließen, daß man uns Kollegen wegkaperte. Kollege Völker erklärt, daß Kollege Lüttge aus Hamm zu der Sache gesprochen habe. — Es wurde die Frage der Gründung einer eingetrieben Zahlstelle für Hamburg angeregt. Ein Kollege meinte, es sei unmöglich, daß wir nach der Verschmelzung das Lokalvermögen der Hauptkasse der neuen Zahlstelle überweisen können. Wir könnten nur einen Teil zur Einrichtung des Bureaus geben und die Abgaben müßten dann prozentual berechnet werden. Ein dieser Meinung entsprechender Antrag wurde gestellt, aber von mehreren Kollegen bekämpft; die Entscheidung darüber wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Hamburg-Uhlenhorst. Die am 11. Februar tagende Mitgliederversammlung hatte zunächst Unterstützungsanträge zu erledigen. Die von der städtischen Gasanstalt zu Barmbeck vorgenommene Entlassung des Kollegen H. wird als Maßregelung anerkannt. Zu der Verschmelzung der Hamburger Zahlstellen wurde folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß prinzipiell gegen die Anstellung besoldeter Beamter zur Förderung der Agitation nichts eingewendet und die Agitation von den in Arbeit stehenden Kollegen nur sehr schwierig betrieben werden kann, erklärt sich die Versammlung mit dem Gedanken der Anstellung besoldeter Beamten einverstanden; ebenfalls hält sie die Verschmelzung der Hamburger Zahlstellen für ein erstrebenswertes Ziel, hält aber den jetzigen Zeitpunkt für eine solche Verschmelzung nicht geeignet, erwartet vielmehr, daß die ganze Angelegenheit bis nach dem Verbandstag vertagt wird."

Helmstedt. Ein Sekretariat ist hier gegründet worden, zu dem Zwecke, den Arbeitern in gewerblichen und juristischen Fragen Rat zu erteilen. Unsere letzte Mitgliederversammlung hatte über den Anschluß an dieses Sekretariat zu beraten. Fast einstimmig erklärten sich die Mitglieder für den Anschluß. Die Kosten sollen durch Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pfg pro Monat gedeckt werden.

Magdeburg. Sonntag, den 7. Februar, tagte unsere Mitgliederversammlung, zu der sich die Kollegen zahlreich eingefunden hatten. Herr Dr. Kramer referierte über: „Der Kampf ums Dasein und die soziale Frage." Bei dem Punkt Verbandsangelegenheiten wurde ein Antrag behandelt, der einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Monat einführen will. Der Antrag wurde aber abgelehnt. Soll er Bannicke spricht sich gegen die Art des Ausbaues unserer Organisation aus, wie sie in Nummer 2 des „Proletarier" befürwortet worden. Eine Verschiedenheit der Gaue sei zu vermeiden, aber die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung sei zweckentsprechend. Es wurde eine Kommission zur Durchberatung der Verbandsstatuten gewählt.

Oberschöneweide. Die Forderung Einführung von Arbeiterausschüssen ergab am 22. Februar eine im Lokale Hasselwerder tagende Versammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter des Kabelwerks Oberspree. Die Vertrauensleute der in Frage kommenden Organisationen hatten einen Statutenentwurf vorgelegt, der sich in seinen Hauptpunkten den Bestimmungen anpaßt, welche die Firmen Zeiß in Jena und Siemens u. Halske in Berlin für die von bestehenden Ausschüsse festgelegt haben. Danach soll der Arbeiterausschuß aus freier, geheimer und direkter Wahl aller bei der K. T.-G. Beschäftigten, Arbeiter und Arbeiterinnen, die 18 Jahre alt sind, hervorgehen (§ 1). In den Ausschuß soll aus jeder Abteilung ein Delegierter gewählt werden. Die Wahl findet alljährlich im Januar statt (§ 2). Der Ausschuß soll sich eine geschäftsführende Kommission, bestehend aus zwei Personen und zwei Ersatzpersonen, wählen. Aus diesen zwei Personen soll eine dreigliedrige Kommission gewählt werden, die die Verhandlungen mit der Direktion zu führen hat (§ 4). Den Mitgliedern des Ausschusses muß es jederzeit gestattet sein, die Interessen der im Werke Beschäftigten wahrzunehmen (§ 5). Die Mitglieder des Ausschusses dürfen nur mit Wissen und Genehmigung der Direktion entlassen oder in eine andere Abteilung versetzt werden (§ 6). Der Ausschuß soll das Recht haben, in allen die Arbeiter und Arbeiterinnen angehenden Angelegenheiten gehört zu werden und hierin allen Beschäftigten mit Rat usw. zu dienen (§ 7). Den Ausschußmitgliedern soll der Arbeitszeitverlust, den sie durch die Ausübung ihres Amtes erleiden, ersetzt werden (§ 9). Die Versammlung stimmte den Ausführungen zu und nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen des „Kabelwerks Oberspree" spricht sich für Schaffung eines Arbeiterausschusses auf dem Boden der von den Vertrauensleuten vorgelegten Vorlage aus und beauftragt die Vertrauensleute, die nötigen weiteren Schritte dazu zu veranlassen."

Osterholz-Scharmbeck. Unsere Zahlstelle, die vor einigen Jahren ca. 200 Mitglieder zählte, ist leider im letzten Jahre bis auf 25 Mitglieder gesunken. Durch das unreelle Verhalten einiger Kollegen war das Vertrauen zur Organisation unter den Mitgliedern vollständig verloren gegangen. Erst im Monat Januar haben die Kollegen mit Hülfe des Gauvorstandes wieder eine lebhafte Agitation entfaltet. Bei einer Hausagitation ließen sich wieder 24 Kollegen in den Verband aufnehmen. Weiter haben nach der Agitation 20 Kollegen ihren Beitritt erklärt, so daß jetzt etwa 70 Mitglieder der Zahlstelle angehören. Am Sonntag, den 14. Februar, tagte eine gut besuchte Versammlung. Kollege Martens-Harburg sprach über: „Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen im wirtschaftlichen Kampfe". In der Versammlung wurden außerdem die Bevollmächtigten vorgeschlagen und die Abrechnung vom 4. Quartal 1903 vorgelegt. Die Stimmung in der Versammlung war ganz vorzüglich. Hoffentlich werden die Kollegen jetzt alles daransetzen, um die Zahlstelle wieder hochzubringen.

Potsdam. Durch die Explosion eines Kessels mit Chemikalien wurden Montag, 22. Febr., hier vier Arbeiter schwer verletzt. Am Havelufer gegenüber der Tornowhalbinsel, am Kiewitt 9, befindet sich eine dem in Berlin wohnenden Kaufmann Kutzner gehörige Dextrin- und Farbstoff-Fabrik. Die Fabrik beschäftigt zwölf Arbeiter, die schichtweise sich Tag und Nacht abwechseln. Als am Montagabend sechs Uhr die Nachtschicht antrat, erfolgte bald darauf in dem Vorraum eine gewaltige Explosion, die weithin gehört wurde. Eine rote Feuersäule stieg zum Himmel empor, erlosch aber sofort wieder. Die Feuerwehr wurde telephonisch benachrichtigt; sie fand zwar nichts mehr zu löschen, wohl aber ein wüstes Durcheinander in der Fabrik und vier schwer verletzte Arbeiter. Ein Kessel mit Chemikalien war in die Luft geflogen und hatte dabei einem Arbeiter äußerst schwere Verletzungen am Unterleibe zugefügt, so daß an dessen Aufkommen gezweifelt wird; drei weitere Arbeiter erlitten an den Köpfen schwere, wenn auch nicht lebensgefährliche Verletzungen.

Spandau. Am 16. Februar tagte im Kumckeschen Saale eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung, in der Frau Zietze-Rixdorf über: „Frauen- und Kinderarbeit" referierte. Die Referentin führte aus, daß die Arbeitgeber aller Branchen bestrebt seien, statt Männer Frauen zu beschäftigen. Dies sei in der Metallindustrie, sowie in vielen anderen Betrieben geschehen. Wenn es auch kein Fehler sei, daß Frauen sich an gewerblicher Arbeit beteiligen, so müsse man hier aber die wahren Gründe erforschen. Wenn dies geschehe, dann komme man zu der Ueberzeugung, daß man die Frauen nur deshalb gerne beschäftigt, weil sie billiger arbeiten und sich noch viel mehr schikanieren lassen, wie ihre männlichen Kollegen. Wo die Frau mitarbeite, da könne vom Familienleben keine Rede sein. Die Kinder seien sich in den meisten Fällen selbst überlassen, was für ihre Erziehung sehr nachteilig wirke. Die Herren der herrschenden Klassen haben zwar immer die Worte im Munde, die verheiratete Frau gehört ins Haus, aber sie sorgen nicht dafür, daß der Mann ausreichende und lohnende Arbeit hat, damit die Frau wirklich zu Hause bleiben kann. Und wie steht es erst mit den Witwen und deren Kindern. Wenn von den Vertretern der Arbeiterschaft im Reichstage oder in den Kommunen Anträge zur Abschaffung dieser Mängel und zur Linderung der Not gestellt werden, so sind diese Herren die, welche alles ablehnen! Darin seien sich alle Kapitalisten einig, von den Freisinnigen bis zu den Konservativen. Wolle man bessere Zustände haben, so dürfe man nicht warten, bis dieselben von den herrschenden Klassen herbeigeführt würden, denn diesen gefalle der jetzige Zustand sehr gut, sondern es müßten sich Männer und Frauen ihrer Organisation anschließen und dann Schulter an Schulter für ihre Interessen eintreten. Die Frau dürfte dann nicht mehr als Lohndrückerin des Mannes auftreten, sondern für gleiche Arbeit denselben Lohn beanspruchen wie der Mann. Im weiteren Verlauf ihres Vortrages kam Rednerin auf das Verbot der Kinderarbeit zu sprechen. Sie war der Meinung, daß, trotzdem noch manche Lücke darin vorhanden sei, so wäre es doch eine Wohltat für die Kinder. Auch dieses Gesetz sei hauptsächlich dem Drucke der Vertreter der Arbeiterschaft zu verdanken. Früher wurden Kinder vom zartesten Alter in die verpesteten Fabriken gesperrt, wo sie 10—12 Stunden fronden mußten, was für ihre Gesundheit und Sittlichkeit höchst schädlich war. Heute sei es unmöglich, solche Kinder zu beschäftigen. Ebenso wie die Industriebarone, nützten die junkerlichen Agrarier die Kinder der Arbeiter aus, indem sie dieselben schon von sechs Jahren in ihren Feldern bei der größten Sonnenhitze zum Rübenziehen oder in der Ernte verwendeten bis zu 12 Stunden täglich. Dann haben sie auch die Stirne, im Reichstage zu sagen, die Arbeit mache die Arbeiterkinder sehr gesund. Warum läßt man denn die eigenen Frauen und Kinder nicht Rübenziehen und schickt dafür die Arbeiterkinder ins Bad? Den richtigen Kinderschutz erlangen wir erst dann, wenn wir uns alle organisiert und dadurch unsern Lohn auf eine Höhe bringen, daß er zum Leben ausreicht, dann brauchen wir unsere Kinder nicht mehr arbeiten zu lassen. In der Diskussion sprach sich Kollege St. im Sinne der Referentin aus, erklärte den Anwesenden die Leistungen unseres Verbandes und forderte sie auf, sich demselben anzuschließen.

Wandsbek. Versammlung am 10. Februar im Vereins- und Gewerkschaftshaus, Sternstraße 27. Genosse Ph. Müller hielt einen äußerst interessanten und lehrreichen Vortrag über das „Kinder- und Jugendschutzgesetz." Redner entledigte sich seines Auftrages in vorzüglicher Weise und bemerkt zum Schlusse, wenn auch das Gesetz uns noch ziemlich unsympathisch erscheine, so biete es doch einige Vorteile. Würden die meisten Arbeiter mehr Kenntnis von diesem Gesetz haben, so würde es auch mehr ausgenutzt. Hoffentlich würde dasselbe mit der Zeit auch noch besser ausgearbeitet werden. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zuteil. Den Kartellbericht erstattete Pantzian. Am 8. März wird eine Theateraufführung vom Kartell arrangiert. Der Kartenpreis beträgt 40 Pf. Als dritter Revisor wurde David vorgeschlagen, in die Agitationskommission Bruhns gewählt. Nach Verlesung der neuaufgenommenen Mitglieder erfolgte Schluß der Versammlung.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 55 189, lautend auf den Namen Aug. Wittkas, ausgestellt in Dortmund.

Nr. 64 203, lautend auf den Namen Wilh. Wischnewski ausgestellt am 22. März 1903 in Köpenick.

S. II. 78 975, ausgestellt auf den Namen Karl Alward in Hamburg-St. Georg am 19. März 1900.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 17. Februar folgende Beträge ein:

Stadtilm 15,55. Braunlage 5,75. Welgast 114,55. Bauen 48,73. Torgau 10,80. Rübeland 71,52. Cattenstedt 7,80. Hamburg: Bauarbeiter zurückbezahlt 1166,90. Bruchmühl 13,65. Weißenau 83,95. Ohrdruf, Gewerkschaftskartell 10,—. Aderstedt 39,—. Hamburg II 54,15. Schwenningen 27,46. Eythra 20,85. Hall (Schw.) —,70. Broitzem 68,26. Varel i. O. 48,50.

Schluß: Dienstag, den 1. März, mittags 12 Uhr.

Berichtigung. In Nr. 4 muß es heißen: Oberhausen 20,50, nicht Küppersteg.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Beucha. Vertrauensmann Heinrich Riedel, Wolfsheim bei Beucha.

Bruchhausen a. Rh. (Gau 16.) Fr. Schulz, Kaiserstraße 46.

Gießen. Ad. Ohr, Sandgasse 50.

Halle. (Süd.) Ludwig Huth, Bölbergerweg 5.

Heilbronn. Friedr. Heller, Oststraße 37.

Kiel. Aug. Kunstmann, Harrisstraße 27.

Kelheim. Jos. Handel, Neu-Kelheim 23.

Leipzig. Reisegeschenk wird nur bei Kollege **Morenz, Leipzig-Lindenau**, Merseburgerstr. 27, im Restaurant ausbezahlt.

Lunzenau. Emil Landgraf, Friedrichstr. 304.

Naumburg. Reisegeschenk, abends 7—8 Uhr, bei A. Förtsch, Bahnhofstr. 7.

Oggersheim. Alois Wenz, Johannesgasse 8.

Wedel. Karl Roßbach, Schulau, Elbstraße.

Weimar. (Gau 11.) Vertrauensmann Franz Krumbholz, Walzdorf 12, I.

Eingegangene Zahlstellen.

Langenbielau, Amöneburg, Hohenwarsleben, Harzburg, Hall.

Briefkasten.

Der Extrabeitrag für **Camstatt** beträgt nicht, wie irrtümlich im „Proletarier" steht, pro Monat 10 Pf., sondern pro Quartal.

Wer den Aufenthalt des Kollegen **Silg**, geboren am 5. Oktober 1878 in Fürstenberg, kennt, wird gebeten, Mitteilung an den Kollegen H. Bohne, Magdeburg, Alexanderstraße 9, gelangen zu lassen.

Inserate.

Zahlstelle Frankfurt a. M.

Die Reise-Unterstützung wird hier vom 1. April im Gasthaus „Zum Mohrenkopf", bei Edmund Steiding (Hinter dem Lämmchen), zu jeder Tageszeit ausbezahlt. [75 Pf.

Zahlstelle Frankfurt a. M.

Gesucht pro 1. Juni 1904 ein tüchtiger

Geschäftsführer.

Anfangsgehalt 1400 Mk. Bewerber, welche neben der Verbandszugehörigkeit auch politisch organisiert sein müssen und sich der Agitation am Ort zu widmen haben, wollen ihr Bewerbungsschreiben, das in der Schilderung des Lebenslaufs und in einer Abhandlung über die Agitation und die Erreichung der Verbandszwecke innerhalb einer Zahlstelle bestehen muß, mit Angabe von Referenzen an den Kollegen **Joh. Kehkler, Frankfurt a. M.**, Cronachstr. 16, bis 1. April dieses Jahres einsenden. [2,10 Mk.

Zahlstelle Hamburg-St. Georg.

Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 9. März, 8½ Uhr, bei Hommel, Nagelsweg.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Wesen und Ursachen von Erdbeben und Vulkanen. Ref.: Gen. Kimmel.
2. Wahl eines Kartelldelegierten.
3. Fortsetzung der Diskussion über die Reorganisationsfrage der Hamburger Zahlstellen.
4. Verschiedenes. [1,65 Mk.

Zahlstelle Kiel.

Dienstag, den 8. März, Versammlung in der „Zentralhalle", Alte Reihe 8. [60 Pf.

Zahlstelle Köln-Ehrenfeld.

Zu einer außerordentlichen Versammlung unserer Zahlstelle werden die Kollegen hiermit auf Sonntag, den 13. März vormittags punkt 11 Uhr, im Lokale des Herrn Theod. Graaf Ehrenfeld, Venloerstraße 341, ergebenst eingeladen.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Wir setzen voraus, daß kein Mitglied in der Versammlung fehlt.

1,50 Mk.] **Die Bevollmächtigten.**

Markranstädt.

Sonntag, den 13. März, im Saale des Stadtgartens, von abends 7 Uhr an:

Grosses Wintervergnügen.

Um recht zahlreichen Besuch ersuchen

1,20 Mk.] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Ober-Schöneweide.

Sonnabend, den 19. März, wird in Hasselwerder zu Nieder-Schöneweide unser

I. Stiftungsfest

abgehalten, bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert nebst Ball, sowie humoristischen Vorträgen, ausgeführt von der sehr beliebten Gesellschaft Strzelewicz, unter freundlicher Mitwirkung der Liedertafel Ober-Schöneweide.

Anfang 8 Uhr. Billetts für Herren 50 Pf., inkl. Tanz, für Damen 30 Pfg.

Die Kollegen der umliegendeen Zahlstellen sind hiermit freundlichst eingeladen, ihnen einen genußreichend Abend versprechend!

Das Komitee.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Mitgliederversammlungen jeden ersten Donnerstag nach dem 15. jeden Monats, abends 7 Uhr bei Kaufhold, Wilhelminhofstr. 18, stattfinden. Die nächste Versammlung findet statt am 17. März.

Um zahlreichen Besuch bitten

3,30 Mk.] **Die Bevollmächtigten.**

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig,

Buch- und Steindruckerei.

Spezialität:

Quittungsmarken, Kautschukstempel,

sowie alle Drucksachen für Vereine u. Kassen.

Preislisten gratis.